

Zukunftsprojekt Stuttgart 21: **Große Städte** sind für Stuttgart 21

**ARGUMENTE
FÜR S21**

Ausgabe Nr. 33

Oberbürgermeister sprechen sich für Stuttgart 21 aus.

Die Oberbürgermeister der großen Städte in Baden-Württemberg stehen hinter Stuttgart 21. In einer gemeinsamen Erklärung sprachen sich acht Oberbürgermeister für das Bahnprojekt aus, weil sie auch für ihre Städte große Vorteile im Bahnprojekt Stuttgart 21 sehen.

Rathauschefs: Stuttgart 21 dient dem ganzen Land

Mit der gemeinsamen Erklärung unterstreichen die acht Oberbürgermeister, dass Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm den Bürgerinnen und Bürgern in ganz Baden-Württemberg dienen.

Vom Umbau des Kopfbahnhofs zu einem modernen Durchgangsbahnhof und von der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm profitiert das ganze Land. Das erklärten die Oberbürgermeister von Baden-Baden, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim, Stuttgart und Ulm. Damit haben sich acht der neun sogenannten kreisfreien Städte für das Bahnprojekt ausgesprochen. Nur der Grüne OB Freiburgs, Dieter Salomon, trägt die Erklärung nicht mit.

Ländlicher Raum profitiert

Die Stadtchefs haben in ihrer gemeinsamen Erklärung betont, dass nicht nur ihre Städte, sondern ganz besonders auch der ländliche Raum von Stuttgart 21 profitiert. Denn es kann mehr Verkehr von den ohnehin zu vollen Straßen auf die Schiene verlegt werden. Das kommt nicht nur den Kommunen in der Nähe zu den neuen Bahnstrecken zu Gute, sondern auch den Städten und Gemeinden an den Zuführungsstrecken. Bessere und schnellere Verkehrsverbindungen sind ein großer Pluspunkt für die Standortqualität und deshalb lebenswichtig für alle Gemeinden und Städte im Land.

Auch andere Projekte kommen voran

Stuttgart 21 und die Neubaustrecke sind wichtige Impulse für einen zügigen Ausbau des Schienennetzes in ganz Baden-Württemberg. Baden-Württemberg kommt in der Fläche voran, weil neben Stuttgart 21 und der Neubaustrecke auch andere Schienenprojekte konsequent vorangetrieben werden. Beispiele hierfür sind die Rheintalbahn, die Elektrifizierung der Südbahn und der Bodenseegürtelbahn sowie der Hochrheinbahn.

Lackmustest für die repräsentative Demokratie

Bereits vor dem Beschluss der Oberbürgermeister der kreisfreien Städte haben sich auch der Gemeindetag und der Städtetag Baden-Württemberg für das Jahrhundertprojekt Stuttgart 21 ausgesprochen.

Prof. Stefan Gläser vom Städtetag warnte davor, Bauprojekte trotz positiver Abstimmungen in Parlamenten in Frage zu stellen. Das könnte dazu führen, dass die politische Beteiligung und die Bereitschaft zur Übernahme von politischer Verantwortung noch weiter zurückgehen. Die derzeitige Situation sei ein „Lackmustest für die repräsentative Demokratie“. Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags, erklärte: „Es ist schlicht und ergreifend falsch, zu behaupten, dass über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden wurde.“ Alle Entscheidungen seien Schritt für Schritt öffentlich gemacht worden, demokratisch beschlossen und durch Gerichte bestätigt worden.

Keine Alternative

Die Oberbürgermeister der acht großen Städte mahnen die Kritiker des Bahnprojekts Stuttgart 21: „Es gibt derzeit keine geplante oder finanzierte Alternative zu Stuttgart 21.“